

Rechtsausschuß**Protokoll**

25. Sitzung (öffentlich)

7. Oktober 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 Uhr bis 15.20 Uhr

Vorsitzende: Abgeordnete Robels-Fröhlich (CDU) (Stellv.)

Stenograph: Burdinski (als Gast)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Täter-Opfer-Ausgleich für Erwachsene

Sachverständigengespräch

1

An das Referat von Professor Dr. Walter schließt sich eine Stellungnahme Justizminister Dr. Krummhoek und eine Diskussion an.

2 Zehntes Gesetz zur Änderung des JuristenausbildungsgesetzesGesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3875

14

Mit Mehrheit lehnt der Ausschuß den Antrag des Abgeordneten Appel (GRÜNE), vor der Beschlußfassung schriftliche Stellung-

nahmen der Jura-Fachschaften der Universitäten Bonn, Köln, Münster, Bielefeld und München einzuholen, ab.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird mit Mehrheit gegen drei Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU wird bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wird in der geänderten Fassung bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN angenommen. Sofern sich aus der beschlossenen Neufassung Folgeänderungen ergeben, sollen sie im Rahmen der zweiten Lesung in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden.

Zum Berichterstatter wird der Vorsitzende, Abgeordneter Schreiber (SPD), bestellt.

3 Haushaltsgesetz 1993

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4200

Einzelplan 04 - Justizminister

Vorlagen 11/1504 und 11/1506
Zuschriften 11/1908 und 11/1939

Die Behandlung der Einzelpositionen des Haushaltsentwurfs stellt der Ausschuß einvernehmlich für seine Sitzung am 4. November 1992 zurück. Die Ausführungen des Justizministers werden dem Ausschuß schriftlich als Anlage zum Protokoll übergeben.

Rechtsausschuß

07.10.1992

25. Sitzung

ni-pr

Seite

4 Entwurf eines Gesetzes über das Schiedsamt in den Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/4069

19

Die Beschlußfassung über den Gesetzentwurf wird für die Sitzung am 4. November 1992 zurückgestellt.

5 Drittes Gesetz zur Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer verwaltungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/3080

Vorlage 11/1317

Zuschriften 11/1826, 11/1859 und 11/1905

20

Gegen die Stimme des Vertreters der GRÜNEN empfiehlt der Rechtsausschuß dem federführenden Ausschuß, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs vorzuschlagen.

6 Gewalt gegen Kinder verhindern

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 11/4292

20

Der Ausschuß folgt dem Wunsch der Abgeordneten Rauterkus (SPD), die Behandlung des Antrags für die nächste Sitzung zurück-

zustellen, um dem Arbeitskreis "Recht" der SPD-Fraktion Gelegenheit zu geben, sich erneut mit einzelnen Bereichen des Antrags zu beschäftigen.

7 Diskriminierung von unverheirateten Personen und von Beamtinnen im Erziehungsurlaub durch Verordnungen des Landes aufheben

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4295

21

Auf Anregung des Abgeordneten Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD) stellt der Ausschuß die Behandlung des Antrags zurück, bis der vom Finanzminister angekündigte Entwurf einer umfassenderen Änderung des Beihilferechts vorliegt.

8 Deutschland braucht Konsens in der Ausländerpolitik: Zuwanderung begrenzen - Integration ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/4305

21

Auf Antrag des Abgeordneten Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD) beschließt der Ausschuß daraufhin einstimmig, die Entscheidung über den Antrag der Fraktion der CDU zunächst auszusetzen.

9 Änderung des Sexualstrafrechts

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/44

Vorlagen 11/195 und 11/1515

Zuschriften 11/121, 11/130, 11/131, 11/132 und 11/581

23

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN wird mit den Stimmen der SPD und der CDU bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Dem Votum des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie (Vorlage 11/1515) stimmt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimme des Vertreters der GRÜNEN bei Enthaltung der Vertreterin der F.D.P. zu.

Zur Berichterstatterin wird die Abgeordnete Rauterkus (SPD) bestellt.

10 Verfassungsgerichtliches Verfahren

im Zusammenhang mit der Unterstellung von Streitkräften der Bundeswehr unter einen NATO-Verband und die Beteiligung der Bundeswehr an Überwachungsmaßnahmen von WEU und NATO im Mittelmeer gemäß Beschluß der Bundesregierung vom 15. Juli 1992

2 BvE 3/92

Vorlage 11/1510

25

Gegen die Stimme des Vertreters der GRÜNEN beschließt der Ausschuß die Empfehlung an den Landtag, sich einer Stellungnahme in dem Verfahren 2 BvE 3/92 gegenüber dem Bundesverfassungsgericht zu enthalten.

11 Verfassungsgerichtliches Verfahren

VerfGH 3/91

hier: Antrag der Verfahrensbevollmächtigten einiger Beschwerdeführerinnen auf Festsetzung des Gegenstandswertes

Vorlage 11/1590

26

Einstimmig beschließt der Ausschuß die Empfehlung an den Landtag, von einer Stellungnahme abzusehen.

12 Verschiedenes

26

Siehe Diskussionsteil.

Rechtsausschuß
25. Sitzung

07.10.1992
bu

3 Haushaltsgesetz 1993

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4200

Einzelplan 04 - Justizminister

Vorlagen 11/1504 und 11/1506
Zuschriften 11/1908 und 11/1939

Die Behandlung der Einzelpositionen des Haushaltsentwurfs stellt der Ausschuß einvernehmlich für seine Sitzung am 4. November 1992 zurück. Die Ausführungen des Justizministers werden dem Ausschuß schriftlich als Anlage zum Protokoll übergeben.

4 Entwurf eines Gesetzes über das Schiedsamt in den Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4069

Die Beschlußfassung über den Gesetzentwurf wird für die Sitzung am 4. November 1992 zurückgestellt.